

**14
79**

Union in Deutschland

Bonn, den 5. April 1979

Liebe Freunde!

Für die CDU ist die Europawahl am 10. Juni eine Volksabstimmung über die zukünftige politische Richtung Europas. Es ist die Besonderheit der Europawahl, daß keine Regierung gewählt wird, daß nicht über konkrete Maßnahmen abgestimmt wird, wie wir es bei anderen Wahlen gewöhnt sind. Die Wähler stimmen vielmehr darüber ab, welche politische Richtung Europa in Zukunft nehmen soll. Als Ergebnis werden wir ein Meinungsbild der europäischen Wählerschaft über die politischen Strömungen Europas haben. Deshalb ist es das Ziel der Christlich Demokratischen Union in Deutschland, bei den Europawahlen eine Mehrheit der politischen Mitte gegen sozialistische und kommunistische Kräfte in Europa zu erreichen.

Der Vorsitzende der italienischen Kommunisten, Berlinguer, hat vor zwei Tagen auf dem Abschluß des Kongresses der italienischen Kommunisten öffentlich erklärt, daß er im Europäischen Parlament eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten anstrebe. Wir fordern den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Willy Brandt, aber auch die Vorsitzenden der anderen europäischen sozialistischen Parteien auf, vor der Wahl klipp und klar den Wählern zu erklären, ob sie die Absicht haben, nach der Wahl mit den Kommunisten politisch zusammenzuarbeiten oder nicht.

(Weiter auf Seite 2)

■ ATOMENERGIE

Störfall Harrisburg erfordert grundlegende Überprüfung des Sicherheitskonzeptes Seite 3

■ VERTEIDIGUNG

Schmidt und Apel gehen vor Herbert Wehner in die Knie Seite 5

■ FAMILIENPOLITIK

Nicht erwerbstätige Mütter müssen einbezogen werden Seite 7

■ KOALITION

Jusos wollen weiter marktwirtschaftliche Ordnung beseitigen Seite 9

■ PARTEIARBEIT

Aktionen für die Familie Seite 11

■ ÖA

Neu im Angebot Seite 13

■ DOKUMENTATION

Aktion „Kinderfreundliche Gemeinde“ grüner Teil

■ EUROPA

Argumente für Europa — Argumente für die CDU

blauer Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Es gibt eine weitere Nagelprobe hinsichtlich der Volksfrontentwicklung in Europa. Vom 14. bis 18. Mai findet der Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes statt. Am 18. April tagt der Exekutivausschuß des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Bei diesen Sitzungen wird der Europäische Gewerkschaftsbund über den Aufnahmeantrag der französischen kommunistischen Gewerkschaft CGT zu entscheiden haben.

Ich habe an Heinz Oskar Vetter einen Brief geschrieben und ihn aufgefordert, entweder die Aufnahme des kommunistischen Gewerkschaftsbundes Frankreichs in den Europäischen Gewerkschaftsbund zu verhindern oder aus dem Europäischen Gewerkschaftsbund auszutreten. Als vor einiger Zeit der italienische kommunistische Gewerkschaftsbund in den Europäischen Gewerkschaftsbund aufgenommen wurde, hat sich der DGB überstimmen lassen. Seitdem haben sich Stimmen innerhalb des Deutschen Gewerkschaftsbundes vermehrt, die erklären, daß sie eine weitere Aufnahme kommunistischer Gewerkschaften nicht akzeptieren könnten. Wir teilen diese Auffassung, denn es ist eine historische Tatsache, daß überall dort, wo Kommunisten die politische Verantwortung übernommen haben, dies gleichzeitig das Ende der freien Gewerkschaftsbewegung bedeutet hat.

Wir fordern Willy Brandt auf, an die Labour Party heranzutreten mit der Bitte, angesichts der engen Bindungen, die zwischen der Labour Party und den britischen Gewerkschaften bestehen, darauf hinzuwirken, daß auch die britischen Gewerkschaften diesen Aufnahmeantrag der französischen kommunistischen Gewerkschaften ablehnen. Der Trade-Union-Kongreß in Großbritannien mit ungefähr zehn Millionen Mitgliedern und der Deutsche Gewerkschaftsbund mit 7,6 Millionen Mitgliedern stellen ungefähr die Hälfte der Mitglieder des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Sie haben also die Möglichkeit, zusammen die Aufnahme der mächtigen kommunistischen Gewerkschaftsorganisation Frankreichs zu verhindern.

Wir werden keine Ausflüchte der SPD und des DGB zulassen. Wir wollen eine Volksabstimmung darüber erreichen, daß die politischen Kräfte der Mitte in Europa über die sozialistischen und kommunistischen Kräfte dominieren.

Ihr

Heiner Geißler

(Heiner Geißler)

■ INFORMATION

Störfall Harrisburg erfordert grundlegende Überprüfung der Sicherheit

Der schwere Störfall in dem Kernkraftwerk Harrisburg erfordert eine grundlegende Überprüfung des Sicherheitskonzepts in der Bundesrepublik Deutschland, stellte Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg fest.

Die Bundesregierung erklärt, daß die Sicherheitssysteme bei den deutschen Kernkraftwerken umfassender und wirksamer sind als in den USA. Dennoch ist es notwendig, daß die Reaktorsicherheitskommission sofort gemeinsam mit allen kompetenten unabhängigen Wissenschaftlern die Erfahrungen von Harrisburg und alle anderen Aspekte der internationalen Diskussion erörtert, auswertet und die erforderlichen Konsequenzen darlegt. Dies ist zweifellos die Voraussetzung für eine Weiterführung des Energieprogramms der Bundesregierung.

Erforderlich ist eine offene Darlegung aller Erkenntnisse und Folgerungen durch die verantwortlichen Bundesministerien. Die Bundesregierung sollte deshalb auch das Ergebnis ihrer Untersuchungen und alle kompetenten wissenschaftlichen Stellungnahmen dem Bundestag und damit der Öffentlichkeit in einer Regierungserklärung darlegen.

Die schleswig-holsteinische Landesregierung weist den Versuch des SPD-Spitzenkandidaten Matthiesen, den

Störfall in Harrisburg zu parteipolitischen Angriffen zu mißbrauchen, als bedauerliche Entgleisung zurück. Matthiesen möchte die Öffentlichkeit wieder einmal darüber hinwegtäuschen, daß die Bundesregierung und seine Partei mit der FDP die Verantwortung für die deutsche Energie- und Kernkraftpolitik tragen.

Papst empfing Helmut Kohl

Als ersten deutschen Spitzenpolitiker empfing der aus Polen stammende Papst Johannes Paul II. den Parteivorsitzenden Helmut Kohl zu einer einstündigen Privataudienz im Vatikan. Sie besprachen Themen des geteilten Deutschland. In Rom traf Helmut Kohl außerdem mit dem amtierenden christdemokratischen Ministerpräsidenten Italiens, Andreotti, zu einem Meinungsaustausch zusammen.

Keine Mark für Terrorismus

Die Bundesregierung soll Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, die ihre Ziele auch unter Anwendung von Terror und Gewalt gegen Zivilpersonen verfolgen, die Unterstützung versagen. Einen entsprechenden Antrag hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Bundestag eingebracht. Der Entwicklungspolitische Sprecher Jürgen Todenhöfer erklärte dazu, die deutsche Außenpolitik sei durch die Haltung der Regierung zu den Befreiungsbewegungen und durch unverantwortliche Äußerungen von Koalitionspolitikern ins Zwielicht geraten. Die CDU/CSU-Fraktion bekenne sich zum außenpolitischen Grundsatz des Gewaltverzichts. Für sie gelte: „Keine deutsche Mark für den Terrorismus in der Dritten Welt.“ Die Ausübung eines legitimen Widerstandsrechts sei nach Rechtsauffassung der CDU/CSU

an enge Voraussetzungen gebunden. Terror und Gewalt gegen Zivilpersonen könnten nicht mit dem Widerstandsrecht legitimiert werden.

Kleine Anfrage über Winterschäden

Die CDU/CSU hält es für unbedingt notwendig, daß möglichst bald die Schadensbilanz des Winters an unseren Straßen aufgemacht wird. Dabei muß es zunächst darum gehen, die direkten Schäden an Unterbau und Straßenbelag zu ermitteln und die hierdurch auf Bund, Länder und Gemeinden zukommenden Kosten festzustellen. Die CDU/CSU legt aber auch besonderen Wert darauf, daß das Ausmaß der indirekten Umweltschäden durch den massiven Einsatz von Streusalz in die Untersuchungen einbezogen werden. Auf der Grundlage einer solchen Schadensbilanz will die CDU/CSU eine eingehende verkehrspolitische Diskussion über bessere Maßnahmen gegen Winterbedingungen auf unseren Straßen geführt wissen. Sie hat deshalb als ersten Schritt eine Kleine Anfrage im Deutschen Bundestag eingebracht.

Hausgemachte Inflation

Die Preise für Rohöl steigen um 8,7 Prozent. Flugs strickt Bundesfinanzminister Matthöfer eine neue Legende: Der beschleunigte Preisauftrieb sei auf die Ölverteuerung zurückzuführen und nicht konjunkturell oder inflationär bedingt.

Der Finanzminister kann offensichtlich nicht rechnen. Die Geldentwertung ist schon seit November 1978 enorm auf Touren gekommen — aufs Jahr umgerechnet etwa sechs Prozent. Da gab es noch keine Ölpreiserhöhung. Eine Ölpreiserhöhung von 8,7 Prozent bedeutet

zudem einen Preisauftrieb von circa 0,4 Prozent, also nur einen Restposten beim Inflationsantrieb. Die Hauptgründe für die Inflationsgefahr sind hausgemacht. Die übergroße Staatsverschuldung treibt die Zinsen und damit indirekt auch die Preise hoch; der Anstieg der administrierten Preise kommt hinzu. Die Bundesregierung muß jetzt endlich stabilitätsbewußt handeln, in der Haushaltspolitik und bei den administrierten Preisen. Es darf keinen staatlichen Inflationssog geben, fordert MdB Elmar Pieroth, Vorsitzender des Bundesfachausschusses „Wirtschaftspolitik“ der CDU.

Symposium zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Zwischen Führungsmitgliedern der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und den Mitgliedern des Präsidiums sowie der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände fand ein intensiver Meinungsaustausch über aktuelle Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik statt. Das Gespräch wurde von Helmut Kohl und dem Präsidenten der Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, Otto Esser, geleitet. Schwerpunkte des Symposiums waren die wirtschaftliche, konjunkturelle und Energieentwicklung, die Beschäftigungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Frage der Arbeitszeitverkürzung, der Teilzeitarbeit und der 5. Novelle des Arbeitsförderungsgesetzes sowie sozial- und gesellschaftspolitische Perspektiven unter besonderer Berücksichtigung der Fragen der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung, der Rückkehr in die Konzertierte Aktion und der Familienpolitik.

■ VERTEIDIGUNG

Schmidt und Apel gehen vor Herbert Wehner in die Knie

Die Parteipolitik der SPD trägt im Bundeswehrbereich bereits Früchte. Die Äußerungen, mit denen sich der Kommandeur der 12. Panzerdivision, Generalmajor Bastian, auf einer Juso-Veranstaltung hinter die Ansichten Wehnners und der SPD-Linken gestellt hat, wonach die Rüstung des Warschauer Paktes defensiv sei, steht im krassen Gegensatz zu dem, was die Bundesregierung in allen Weißbüchern zum Ausdruck gebracht und in allen NATO-Dokumenten unterschrieben hat.

Selbstverständlich bleibt das Recht eines Soldaten uneingeschränkt, auch unbequeme Meinungen zu vertreten. Wenn er das allerdings unter Verletzung seiner Loyalitätspflicht öffentlich tut, muß er die Konsequenzen selbst verantworten. Die Tatsache, daß die Bundesregierung die öffentliche und den Tatsachen widersprechende Rechtfertigung sowjetischer Überraschung durch einen General der Bundeswehr kommentarlos hinnimmt, zeigt, daß sie in Wirklichkeit längst auf die Linie Wehnners eingeschwungen ist. In der Bundeswehr versteht man nicht, daß zwei Generale gefeuert wurden, weil sie sich gegen Wehner geäußert haben, aber stillhält, wenn ein General mit Wehner gegen die Bundesregierung Position bezieht.

In der „Aktuellen Stunde“ im Bundestag erklärte der verteidigungspolitische

Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Manfred Wörner, dazu u. a. folgendes:

Diese aktuelle Stunde gilt nicht zuerst einem General, der ebenso hältlos wie wahllos durch die Gegend redet. Sie gilt einer Bundesregierung und einem Kanzler, die es zulassen, daß die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland im Inland wie im Ausland immer mehr ins Zwielicht gerät.

Sie gilt einem Verteidigungsminister, der vor Herbert Wehner in die Knie geht und der sich nicht durchzusetzen weiß, und sie gilt jenen Kräften in der SPD, deren Saat der Beschwichtigung gegenüber Moskau inzwischen Früchte trägt.

Es ist schlimm, wenn ein General der Bundeswehr entgegen der Auffassung seiner Regierung die sowjetische Rüstung als defensiv bezeichnet. Noch schlimmer ist es, wenn er erklärt, es wundere ihn nicht, daß die Sowjetunion die naheliegende Lehre gezogen habe, „beim erneuten Überfall den Krieg keinesfalls wieder auf eigenem Boden zuzulassen, sondern sofort ins Land des Angreifers zurückzutragen und dort zu entscheiden . . .“

Das sagt ein General, der weiß, daß ein Überfall des Westens völlig ausgeschlossen ist und daß die Sowjetunion dank ihrer Spione nicht den leisesten Zweifel haben kann, daß ein Angriff des Westens unmöglich ist. Das hat nichts mehr mit dem Versuch zu tun,

den Gegner und seine Motive zu verstehen. Hier liefert ein deutscher General die Rechtfertigung für die hemmungslose Überrüstung der Sowjetunion, und das ist ein ebenso einmaliger wie unerhörter Vorgang.

Wer als Soldat der Bundeswehr sich in dieser unglaublichen Weise zum Kronzeugen der sowjetischen Aufrüstung macht, verstößt gegen die gesetzlich gebotene Zurückhaltung, wenn nicht gar gegen die Loyalitätspflicht und überschreitet damit die dem Soldaten gesetzte Grenze der Meinungsfreiheit. Es macht eben einen gewaltigen Unterschied, ob es irgendeiner oder ein General erklärt.

Was soll eigentlich ein Kompaniechef künftig auf die Frage nach dem Warum der Bundeswehr einem Wehrpflichtigen antworten, wenn dieser ihm vorhalten kann, daß nach Auffassung eines Generals die Sowjetunion defensiv sei?

Wie wollen wir eigentlich in Zukunft in unserer Bevölkerung Verständnis für die Verteidigung wecken, wenn uns entgegengehalten werden kann, selbst Generale sähen keine Bedrohung?

Man braucht sich auch nicht zu wundern, wenn die Fragen unserer Verbündeten immer sorgenvoller und die Zweifel an unserer Verlässlichkeit immer lauter werden. Kritik an der Manöverplanung der NATO, Angriffe auf die Verhandlungsstrategie des Westens bei den Abrüstungsgesprächen, Sondergespräche auf der SPD-Parteischiene mit Moskau und jetzt auch noch die unwidersprochene Rechtfertigung der sowjetischen Aufrüstung durch einen deutschen General, das ist eine einzige Kette von Verunsicherungen.

Nicht nur wir fragen uns: Wer hat in der deutschen Sicherheitspolitik das Sagen? Wehner oder der Bundeskanzler und sein Verteidigungsminister?

Wer erlebt hat, wie der Bundeskanzler in seiner Diskussion mit Unteroffizieren sich regelrecht gewunden hat, um einer klaren Aussage zu den Thesen von Herbert Wehner zu entgehen, und wer jetzt erlebt, wie der Verteidigungsminister sich noch nicht einmal traut, einem General, der sich auf Wehner beruft, zu widersprechen, der kann nicht mehr daran zweifeln, daß es Herbert Wehner ist, der das Sagen hat. Er hat sich durchgesetzt.

Was gilt eigentlich in der deutschen Sicherheitspolitik?

Gilt das, was die Bundesregierung etwa auf unsere Große Anfrage (24. Mai 1977) sagt, wenn sie die militärischen Möglichkeiten des Warschauer Pakts in Mitteleuropa für die Bundesrepublik Deutschland als eine militärische Bedrohung bezeichnet? Gilt das, was sie in der NATO immer wieder unterschreibt, daß nämlich die Fähigkeiten des Warschauer Pakts weit über das hinausgehen, was zur Verteidigung der Sowjetunion notwendig ist? Oder gilt das, was Herr Wehner und was Herr Bastian sagen?

Es kann ja nur eines von beiden richtig sein. Wenn aber der Bundeskanzler und der Verteidigungsminister einer klaren Stellungnahme ausweichen und die SPD-Abgeordneten Bayerl und Friedrich unwidersprochen erklären können, Bastian liege auf der Linie der Regierung, dann drängt sich eben nicht nur uns der Verdacht auf, daß die Bundesregierung in Wirklichkeit eine Neuorientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik vorbereitet — behutsamer und mit anderen Zeitvorstellungen, aber eben doch auf der Linie von Herbert Wehner.

Das ist es, was uns mit höchster Besorgnis erfüllt.

■ FAMILIENPOLITIK

Nichterwerbstätige Mütter müssen einbezogen werden

Die Mitglieder der CDU/CSU im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit haben am 30. März 1979 nach Einlassungen der Vertreter der Koalitionsparteien zum Entwurf eines Gesetzes über die stufenweise Einführung eines Familiengeldes — Drucksache 8/2650 — der CDU, wonach mit einer Zustimmung zum CDU-Entwurf nicht zu rechnen ist, in diesem Ausschuß einen Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Einführung eines Mutterschaftsurlaubs eingebracht, der für nichterwerbstätige Mütter für die ersten sechs Monate nach der Geburt des Kindes ein Familiengeld von monatlich 500 DM vorsieht.

Dazu erklärt der Obmann der CDU/CSU im Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, MdB Albert Burger:

① Der Änderungsantrag der CDU/CSU beinhaltet eine weitgehende Gleichbehandlung der nichterwerbstätigen Mütter nach der Geburt eines Kindes mit den Arbeitnehmerinnen, indem sie ein Familiengeld von 6mal 500 DM — insgesamt 3 000 DM — erhalten sollen. Die Leistung erfolgt zu Lasten des Bundes, wie dies die Bundesregierung für Arbeitnehmerinnen vorsieht. Das zusätzliche Jahresfinanzvolumen liegt bei rd. 900 Mill. DM jährlich, für 1979 bei 450 Mill. DM.

② Dieser von CDU und CSU gemeinsam getragene Änderungsantrag macht den Entwurf eines Gesetzes über die stufenweise Einführung eines Familiengeldes für Kinder bis zu 1½ Jahren nicht gegenstandslos. Er beinhaltet eine Übergangsregelung, die später in eine erweiterte Familiengeldlösung integriert werden kann.

③ Die Beratungen des Regierungsentwurfs müssen beschleunigt durchgeführt werden, damit das Gesetz über die Einführung eines Mutterschaftsurlaubes bis Ende Juni 1979 verkündet werden kann, um zum 1. Juli 1979 wirksam werden zu können.

④ Angesichts des sehr knappen Beratungszeitraumes hat sich die CDU/CSU damit einverstanden erklärt, zunächst ohne Verzug das Votum als mitberatender Ausschuß zum Entwurf eines Gesetzes über die Einführung eines Mutterschaftsurlaubes abzugeben, jedoch mit der Maßgabe, daß zu einem möglichst baldigen Zeitpunkt der Gesetzentwurf über die stufenweise Einführung eines Familiengeldes weiterberaten und vor allem eine Sachverständigenanhörung zu diesem Gesetzentwurf durchgeführt wird.

⑤ Die von der CDU/CSU vorgeschlagene Übergangsregelung hat folgende Zielsetzungen:

— Vermeidung eines noch größeren sozialen Gefälles nach der Geburt eines Kindes zwischen Arbeitnehmerinnen

und in der Regel materiell schlechter gestellten Hausfrauen und Familien mit nur einem Verdienster.

— Vermeidung verschlechterter Arbeitsmarktchancen für jüngere Frauen aufgrund einer nach dem Regierungs-Konzept zu erwartenden Tendenz, vor der Geburt eines Kindes wegen wachsender Attraktivität ein Arbeitsverhältnis einzugehen, was jedoch viele Arbeitgeber wegen hoher finanzieller Risiken aufgrund des Mutterschutzgesetzes zu vorsichtigen Dispositionen veranlassen könnte.

⑥ Die Abwicklung des Familiengeldes soll über die soziale Krankenversicherung erfolgen, die die meisten Hausfrauen ohnehin über die Familienhilfe erfaßt, so daß die Leistungen für Hausfrauen ebenso schnell zum Zuge kommen können wie bei Arbeitnehmerinnen.

⑦ Hinsichtlich des Mehraufwandes nach dem Änderungsantrag der CDU/CSU kann nicht außer Betracht bleiben, daß bei Verzicht auf ein Familiengeld für Nichterwerbstätige weit über die Hälfte der Mütter Ansprüche nach dem Mutterschutzgesetz geltend machen dürfte (Arbeitsverhältnis, Arbeitslosenbezug mit Anschlußleistungen), so daß dann der Kostenansatz der Bundesregierung von rd. 900 Mill. DM jährlich um einige hundert Millionen DM überschritten werden dürfte.

⑧ Die CDU/CSU wird die Konzeption ihres Änderungsantrages auch nach Ablehnung durch die SPD/FDP-Koalition im mitberatenden Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit weiterverfolgen — sowohl im federführenden Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, als auch in der abschließenden Beratung des Gesetzes über die Einführung eines Mutterschaftsurlaubes im Plenum des Deutschen Bundestages.

Gesetze müssen vereinfacht werden

Zu einem Meinungsaustausch trafen sich am 28. März der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Innenpolitik, MdP Heinz Schwarz, und die Bundesleitung des Bundes der Technischen Beamten (BTB), vertreten durch den 1. Vorsitzenden Otto Schnabel und den stellvertretenden Vorsitzenden Hans-Jürgen Kameke, in der CDU-Bundesgeschäftsstelle in Bonn.

Im Mittelpunkt des Gespräches standen die Themen

— Verhältnis zwischen BTB und CDU,
— berufsspezifische Fragen,
— Entbürokratisierung der öffentlichen Verwaltung.

Die Vertreter des BTB betonten, daß insbesondere die Techniker und die Diplomingenieure mehr als bisher die Möglichkeit erhalten sollten, Positionen in der allgemeinen Verwaltung des höheren Dienstes zu bekleiden. Es sei zum Beispiel nicht einzusehen, warum die Stelle eines technischen Beigeordneten bei Kommunalverwaltungen vielfach mit einem Juristen besetzt werde.

Einigkeit bestand auch darin, daß gerade im technischen Bereich der Verwaltung die Gesetzes- und Vorschriftenflut unüberschaubar geworden sei. Ein Planfeststellungsverfahren zum Beispiel dauere heute viele Jahre. Nicht nur die Bürger, auch die Beamten seien bei der Kompliziertheit der Gesetze oft überfordert. Es müßten gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, die Vielfalt der Gesetze und Vorschriften im technischen Bereich auf ein überschaubares Maß zurückzuführen und die Gesetzessprache zu vereinfachen.

■ KOALITION

Jusos wollen weiter marktwirtschaftliche Ordnung beseitigen

Der Juso-Bundeskongreß in Aschaffenburg war ein Kongreß der taktischen Zurückhaltung bei unveränderten Zielen, stellte MdB Matthias Wissmann, Bundesvorsitzender der Jungen Union, fest. Die angestrebte Konsolidierung und Integration des Jugendverbandes steht jedoch auf schwachen Beinen — das labile Verbandsgleichgewicht der Kräfte kann bei geringen Erschütterungen zusammenbrechen, wie die Kandidatur eines zusätzlichen Stamokap-Anhängers schon gezeigt hat. Sie hängt auch an der Person Gerhard Schröder, der mit seiner Verbindung von theoretischer Radikalität und praktischem Opportunismus jedem etwas bietet. Doch kann man auf diese Weise nicht auf Dauer lavieren. Immerhin hat Schröder es geschafft, das Verhältnis zur SPD zu entspannen.

Die Partei antwortete mit Konzessionen politischer und administrativer Art: in der Extremistenfrage, der Kernkraftproblematik, wirtschaftspolitischen Äußerungen führender Repräsentanten (Klose!) und anderen — aber auch mit einer Lockerung der Einvernehmensrichtlinien und der vieldeutigen Aussage Bahrs, ein Parteiausschluß (Bennerter!) dürfe „nicht politisch lebenslänglich“ bedeuten.

Überhaupt Bahr: Die Rede des SPD-Bundesgeschäftsführers machte unübersehbar, daß die Partei auf eine inhaltlich-politische Auseinanderset-

zung mit den Jusos verzichtet. Bei keinem der kontroversen politischen Themen hat Bahr eine Gegenopposition bezogen. Offensichtlich sind Bahr und andere bestrebt, das politische Potential der Jusos auf die Mühlen der Parteilinien zu leiten.

Demgemäß kämpfen die Jusos „für eine grundlegende Veränderung der kapitalistischen Wirtschafts- und Sozialordnung, weil wir wissen, daß reale Gleichheit und reale Freiheit nur im Sozialismus auf Dauer möglich sind“. Diese Ziele machte der Antrag über „Strategische Ziele einer demokratischen Wirtschaftslenkung in der BRD“ deutlich.

Die Jusos haben auch auf diesem Kongreß nicht den mindesten Zweifel daran gelassen, daß sie die marktwirtschaftliche Ordnung zu beseitigen gedenken, weil sie „Strukturen einer unmenschlichen Wirtschafts- und Sozialordnung“ (Schröder) aufweise.

Machtkampf Wischnewski—Ehmke

Vier Tage erregte eine angeblich vom Kanzler geplante Entlastung des Doppelministers Kurt Gscheidle (Post und Verkehr) durch Abgabe des Verkehrsministeriums an Horst Ehmke die Bundeshauptstadt. Jetzt scheint sicher: Der Plan entsprang nicht der Sorge des Kanzlers um Gscheidles Gesundheit, sondern politischen Rivalitäten, schreibt „Die Welt“.

Der ehemalige parlamentarische Staatssekretär im Verkehrsministerium, Ernst Haar, ist seit März Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands. Will er bei der hochverschuldeten Bahn Erfolg haben, braucht er die Unterstützung des Verkehrsministers. Doch sein Verhältnis zu Gscheidle ist nicht besonders erspielbar.

Deshalb kam Haar auf die Idee, den stellvertretenden Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, mit dem er es gut kann, auf den Ministerstuhl Gscheidles zu loben. Und er fand für diesen Plan einen mächtigen Verbündeten: den Staatsminister im Kanzleramt, Hans-Jürgen Wischnewski. Denn Wischnewski will eines Tages als Nachfolger von Herbert Wehner den SPD-Fraktionsvorsitz übernehmen. Dabei hat er nur einen Rivalen: Horst Ehmke. So gewann der Plan, Ehmke zum Minister zu machen, an Fahrt. Doch Ehmke merkte, was vorging — und lehnte die Beförderung dankend ab.

Kreutzer droht SPD-Ausschluß

Der höchste Beamte der Bundesregierung in Berlin, der Leiter der Berliner Abteilung des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Kreutzer, wird möglicherweise aus der SPD ausgeschlossen. Zwei Abteilungen der Charlottenburger SPD (4 und 8 West) beantragten jetzt ein Parteidurchsetzungsverfahren gegen Kreutzer. Kreutzer hatte scharf seine Partei angegriffen, der er vorwarf, zunehmend von linksextremen Kräften unterwandert zu werden. Außerdem, so hatte Kreutzer weiter geäußert, seien sowohl in der Partei als auch in den Medien „Einflußagenten“ des Ostens zu beobachten.

Furcht vor Diskussion

Aus Furcht, daß die von der SPD-Linken geforderte Theorie-Diskussion die Wahlchancen der Partei schmälern könnte, hat Geschäftsführer Egon Bahr zum zweitenmal in diesem Jahr den Termin für die Sitzung des Parteirates, des höchsten Beschußgremiums zwi-

schen den Parteitagen, ohne präzise Gründe verschoben. Das Gremium soll nun erst am 22. und 23. Juni tagen, zwei Wochen nach der Europa-Wahl. Bereits im Februar war eine Theorie-Sitzung wegen der Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz kurzfristig abgesagt worden. Die SPD-Spitze scheut nach wie vor die Diskussion eines kritischen Positionspapiers der Parteilinken Heinrich Junker und Henning Scherf. Rechte Vorständler wie Georg Leber und Helmut Rohde, die vom Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner nachträglich zu Ko-Autoren an dem Papier bestellt worden waren, verweigerten bisher die Mitarbeit.

Alte Sozialdemokraten rufen zur Wahl der CDU auf

Mit dem Aufruf, dieses Mal bei der schleswig-holsteinischen Landtagswahl für Ministerpräsident Stoltenberg und die CDU zu stimmen, hat die Fritz-Erlers-Gesellschaft das Wort ergriffen. Die Mitglieder dieser Gesellschaft bezeichnen sich als soziale Demokraten. „Deshalb können wir die linkssozialistische SPD in Schleswig-Holstein nicht unterstützen“, sagen sie. „Dasselbe gilt auch für die FDP, die sich zum Mehrheitsbeschaffer umfunktionieren ließ“, sagte der Bundesvorsitzende der Erlers-Gesellschaft, der langjährige Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordnete und ehemalige bildungspolitische Sprecher seiner Fraktion, Döbertin. Er ist aus der SPD ausgeschlossen worden. Nach seinen Worten gehören der Gesellschaft etwa zur Hälfte aus der SPD ausgetretene oder ausgeschlossene Mitglieder an und zur anderen Hälfte Mitglieder, die noch das SPD-Parteibuch haben.

■ PARTEIARBEIT

Aktionen für die Familie

Im Zentrum unserer Politik in den kommenden Jahren muß die Sorge für die Familien stehen. Für die CDU ist die Förderung der Familien die wichtigste gesellschaftspolitische Aufgabe unserer Zeit, denn gerade hier erleben wir jetzt die Folgen einer ideologisch verfehlten Politik der SPD/FDP.

Deshalb haben wir im Bundestag ab 1. Juli 1979 das Familiengeld gefordert und damit die Initiative für die Familie ergriffen (s. Seite 7/8 dieser Ausgabe).

Die Zeit um Ostern ist auch Familienzeit. Wir sollten deshalb in dieser Zeit möglichst viele Menschen über unsere Familieninitiative unterrichten.

Dazu gibt es ein gut aufgemachtes Flugblatt, das über das IS-Versandzentrum, Postfach 66 66, 4830 Gütersloh 1, zu beziehen ist.

Mindestabnahme: 1 000

Preis: 35,— DM pro 1 000

Bestell-Nr.: 1976

Es wurde auf dem 27. Bundesparteitag vorgestellt.

Dazu einige Anregungen:

Canvassing

Information auf der Straße ist die beste Möglichkeit, viele Menschen anzusprechen, damit sie unser Flugblatt lesen. Die geeignete Zeit dafür ist der Freitagnachmittag und der Samstagvormittag.

Kindergarten

Richten Sie z. B. in der Kreisgeschäfts-

stelle einen Treff ein, wo Eltern ihre Kinder für die Zeit des Einkaufs, vor allem vor den Ostertagen, „abgeben“ können. So beweisen Sie, daß die CDU an Ort und Stelle zur Familieninitiative beiträgt.

Spaziergang

Laden Sie zu einem Sonntagsspaziergang ein. Zielpunkt ist ein nettes Lokal, in dem die Teilnehmer mit einem Mitglied der CDU über die Familieninitiative sprechen können. Die Familieninitiative wird ergänzt durch das, was Sie im Rat der Stadt oder der Gemeinde bereits für die Familien eingebracht haben.

Fröhliches Fest

Feiern Sie ein Fest mit denen, die oft vergessen werden, z. B. Familien ausländischer Arbeitnehmer, Spätaussiedlerfamilien, Kindern und älteren Menschen in Heimen, Menschen in Krankenhäusern. Mit Blick auf Europa können Sie hierbei gut „Europäisches“ einbeziehen, oder laden Sie zu einem Besuch im Zoo, Stadtpark usw. ein.

Veranstaltung

Laden Sie zu einem Ausspracheabend vor oder nach Ostern ein zum Thema „Christsein in der CDU“. Die Familieninitiative ist ein Beweis, daß wir Miteinanderlichkeit wörtlich nehmen.

Ausstellung

Arrangieren Sie in der Kreisgeschäftsstelle eine kleine Ausstellung von Kinderzeichnungen, Fotos oder Bildern, z. B. zum Thema Kind/Familie.

CDU-Familieninitiative

Unsere Kinder
sind unsere
Zukunft.
Deshalb gilt
unsere Sorge
der Familie.

Wir fordern das
Familiengeld.
Damit Eltern
Zeit für ihre
Kinder haben.

Wir müssen uns für unsere Kinder einsetzen, müssen den Wunsch fördern, Kinder zu haben, und die Möglichkeiten verbessern, Kinder so zu erziehen, wie es für sie selbst – und wie es für die Zukunft der Gesellschaft – am besten ist. Die Familie braucht Bestätigung und Unterstützung: das ist heute eine der vorrangigen gesellschaftspolitischen Aufgaben.

Deshalb fordern wir ab 1. Juli 1979 das Familiengeld. Kernpunkt dieser Familieninitiative sind DM 400,- monatlich für 18 Monate nach der Geburt eines Kindes. Dies als Hilfe für alle Mütter und Väter, die im Interesse des Kindes auf Erwerbseinkommen verzichten. Familiengeldberechtigt sollen auch die Hausfrauen sein.

Die Familieninitiative der CDU im einzelnen:

Das Familiengeld wird in der Anlaufphase für Kinder bis zum 18. Lebensmonat gezahlt, eine Ausdehnung bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres wird für wünschenswert gehalten.

Das Familiengeld wird auch an solche Familien gezahlt, deren Kinder ab dem 1. 1. 1978 geboren sind. Der Anspruch besteht nicht nur für leibliche Kinder, sondern auch für ehelich erklärte Kinder, für an Kindes Statt angenommene Kinder und für Stiefkinder.

Ein erhöhtes Familiengeld von höchstens DM 840,- monatlich soll alleinerziehenden Elternteilen und Ehepaaren mit einem geringen Einkommen gezahlt werden, um sie von der Sozialhilfe unabhängig zu machen.

Familiengeldberechtigte werden zu Lasten des Bundes in der sozialen Krankenversicherung versichert, sofern nicht bereits

ein Versicherungsschutz – zum Beispiel über die Familienhilfe – gewährleistet ist.

Es entstehen keine Nachteile für einen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Die Erziehungszeiten im Rentenrecht sind im Rahmen der bevorstehenden Reform der sozialen Sicherung zu regeln.

Hat ein Familiengeldberechtigter eine vorherige Arbeitnehmertätigkeit für den Zeitraum des Bezugs von Familiengeld unterbrochen, so hat er den Anspruch auf bevorzugte Wiedereinstellung bis zu drei Monaten nach Auslaufen des Familiengelds.



Die CDU-Familieninitiative:
Mehr tun für
Eltern und Kinder.

■ ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Neu im Angebot:

Argumentationskarte „Gesundheitspolitik“. Unsere Argumentationskarten-Serie ist um einen wichtigen Themenbereich erweitert worden.

Für die praktische Parteiarbeit — insbesondere für die Vorbereitung von Diskussionsveranstaltungen — ist die neue Argumentationskarte besonders hilfreich.

Zentraler Bezugspunkt der CDU-Gesundheitspolitik ist der einzelne Mensch. Seine Gesundheit zu schützen, zu fördern oder im Krankheitsfalle wiederherzustellen, ist vorrangige Aufgabe.

Die CDU bekennt sich zu einem freiheitlichen System gesundheitlicher Sicherung, das allen Bürgern ohne Rücksicht auf ihre finanzielle Situation, ihren Platz in der Gesellschaft und ihren Wohnort zugänglich ist.

Die CDU wendet sich gegen Verstaatlichung, gegen das „integrierte System gesundheitlicher Sicherung“ à la SPD. Ein solches System führt lediglich zu mehr Zentralisierung, Bürokratisierung und Anonymität. Ohne Eigenverantwortung kann kein Gesundheitswesen der Welt den Menschen gesund erhalten.

Die Bereitschaft des Bürgers zu einer gesundheitsbewußten Lebensführung muß deshalb gefördert werden. Selbstbestimmung des Menschen heißt auch Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit.

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare

Bestell-Nr.: 6936

Unsere Meinung

Gesundheitspolitik

Zentraler Bezugspunkt der CDU-Gesundheitspolitik ist der einzelne Mensch. Seine Gesundheit zu schützen, zu fördern oder im Krankheitsfalle wiederherzustellen, ist vorrangige Aufgabe.

Die CDU bekennt sich zu:

- einem freiheitlichen System gesundheitlicher Sicherung, das allen Bürgern ohne Rücksicht auf ihre finanzielle Situation, ihren Platz in der Gesellschaft und ihren Wohnort zugänglich ist.
- Die CDU wendet sich gegen Verstaatlichung, gegen das „integrierte System gesundheitlicher Sicherung“ à la SPD. Ein solches System führt lediglich zu mehr Zentralisierung, Bürokratisierung und Anonymität.
- Durch intensive Gesundheitsaufklärung und -erziehung muß der Mißbrauch von Alkohol und Tabak vor allem bei den Jugendlichen eingeschränkt werden.
- Nur durch Information über Sucht und Suchtverhütung kann auf Dauer eine erfolgreiche Suchtkämpfung erreicht werden.
- Ein wichtiger Faktor des Gesundheitsschutzes ist der Umweltschutz. Beide sind un trennbar miteinander verbunden. Jede Maßnahme im Umweltschutzes ist in erster Linie am dem Ziel zu orientieren, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten und damit der Gesundheit des einzelnen und der Bevölkerung zu dienen.

Schwerpunkte unserer

Gesundheitspolitik: Gesundheitsvorsorge und Gesundheitszerlegung:

Die Erfolge der modernen Medizin mit ihren wachsenden Möglichkeiten der Prävention zu verhutzen und die Gesundheit wiederherzustellen, werden durch gesundheitliche Fehlverhalten in Frage gestellt und teilweise aufgehoben. Übergewicht, Bewegungsarmut, Mißbrauch von Alkohol und Tabak sowie Arzneimittelmissbrauch und Rauschmittelsucht sind wichtige Ursachen für die weit verbreiteten Volkskrankheiten.

Ohne Eigenverantwortung kann kein Gesundheitswesen der Welt den Menschen gesund erhalten.

- Die Bereitschaft des Bürgers zu einer gesundheitsbewußten Lebensführung muß deshalb gefordert werden. Selbstbestimmung des Menschen heißt auch Selbstverantwortung für die eigene Gesundheit.

Ärztliche und zahnärztliche Versorgung:

Die ambulante ärztliche und zahnärztliche Versorgung soll auch in Zukunft vor allem durch niedergelassene Ärzte und Zahnärzte erfolgen. Wir treten nachdrücklich dafür ein, daß Ärzte und Zahnärzte ihren Beruf frei und unabhängig ausüben können.

Einen wichtigen Stellenwert in der ärztlichen Versorgung hat aus unserer Sicht der Arzt für Allgemeinmedizin. Als Haus- und Familienarzt kommt ihm eine wachsende Bedeutung zu; denn er kann noch am ehesten die



Weitere Argumentationskarten aus unserem Angebot zu den verschiedensten Themenbereichen:

„Verfassungsfeinde“

Mindestabnahme: 100 Exemplare

Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare

Bestell-Nr.: 6188

„Menschenrechte“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6654

„Entwicklungs politik“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6655

„Rechtspolitik“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6661

„Verbraucherpolitik“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6693

„Verbrechensbekämpfung“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr. 6697

„Familienpolitik“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6793

„Neue Soziale Frage“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6820

„Europapolitik“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6821

„Bundesrat“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6822

Bestellungen an das IS-Versandzentrum, 4830 Gütersloh 1, Postfach 66 66, Telex Nr. 9 33 753 disgv d.

Alle Preise verstehen sich inklusive Verpackungs- und Frachtkosten zuzüglich Mehrwertsteuer. Einzellistungen werden gesondert berechnet.

„Verteidigungspolitik“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6823

„Partnerrente“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6824

„Arbeitslosigkeit“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6828

„Energiepolitik“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6836

„Soziale Marktwirtschaft“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6837

„Jugendarbeitslosigkeit“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6858

„Agrarpolitik“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6959

„Politik für die Frau“

Mindestabnahme: 100 Exemplare
Preis: 3,50 DM pro 100 Exemplare
Bestell-Nr.: 6860

■ 27. BUNDESPARTEITAG

Der Europa-Abend in Kiel

Die Bundesgeschäftsstelle der CDU hat den Kreisverbänden folgende Information über den Europa-Abend auf dem 27. Bundesparteitag der CDU in Kiel übermittelt:

Der Europa-Abend auf dem 27. Bundesparteitag in Kiel hat eine große — überwiegend freundliche und heitere — öffentliche Resonanz ausgelöst. Der Abend, an dem neben den Parteidels delegierten viele Gäste teilgenommen haben, war als eine Europa-Werbung mit europäischen Künstlern angelegt. Parteidintern sind jedoch verschiedentlich Stimmen laut geworden, die dem Europa-Abend, besonders dem Auftritt eines Balletts aus Frankreich, kritisch gegenüberstehen. Deshalb folgende Hinweise:

① Die Show des Europa-Abends hat 60 000,— DM gekostet. Der Europa-Abend wurde durch Sach- und Geldspenden finanziert, die speziell für diese Veranstaltung eingeholt und gegeben worden sind. Mitgliederbeiträge der CDU wurden nicht für die Show verwandt.

② Das Ballett Olivier Briac tritt häufig als Rahmenprogramm bei internationalen Veranstaltungen der bekannten Sängerin Marlene Charell auf. Es muß als Erfolg gewertet werden, eine Sängerin von ihrem Bekanntheitsgrad für einen Parteitag zu engagieren. Das Ballett wurde zusammen mit Marlene Charell von einer renommierten Agentur vermittelt. Die Künstler wählten das übliche Programm aus ihrem Repertoire.

Ihnen Vorschriften zu machen, anders aufzutreten als sie es in ihrer Heimat gewohnt sind, hätte allen Gepflogenheiten widersprochen und schädliche öffentliche Reaktionen ausgelöst.

③ Es ist verständlich, daß diese Show, wie die meisten künstlerischen Darbietungen, keine ungeteilte Zustimmung gefunden hat. Die große Mehrheit der Teilnehmer am Europa-Abend hat sie aber als einen guten und künstlerisch hochwertigen Beitrag empfunden. Es macht einen Unterschied aus, ob man die gesamte Show auf dem Parteitag oder Ausschnitte im Fernsehen gesehen hat.

④ Das Ballett aus Frankreich war für den Europa-Abend in Kiel engagiert. Weitere Engagements sind nicht vorgenommen worden und auch nicht vorgesehen.

Zu der im „Spiegel“ Nr. 14 vom 2. April 1979 erschienenen Meldung über den Europa-Abend der CDU in der Kieler Ostseehalle nimmt der Sprecher der CDU, Günther Henrich, in einem Schreiben an das Nachrichtenmagazin Stellung:

Offenbar war der „Spiegel“-Korrespondent von dem Europa-Abend auf dem 27. Bundesparteitag in Kiel so beeindruckt, daß ihm bei der Abfassung seines Berichtes einiges durcheinander geraten ist. So wird sich mitnichten das Parteipräsidium „am heutigen Montag“, wie der Spiegel am 2. April zu berichten weiß, mit dem Auftritt des Pariser Balletts „Olivier Briac“ beschäftigen. Das

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

CDU-Präsidium ist seit langem zu seiner nächsten Sitzung für den 23. April einberufen worden — und dabei bleibt es, trotz aller „Spiegel“-Fechtereien.

Des weiteren hat CDU-Generalsekretär Dr. Heiner Geißler keineswegs an der Generalprobe des Balletts teilgenommen. Das wäre ihm, auch wenn er die Absicht dazu gehabt hätte, kaum möglich gewesen, da es eine busenfreie Generalprobe, wie sie der „Spiegel“ phantasievoll beschreibt, nicht gab. Ebensowenig gab wie ein Genehmigungsverfahren.

Bleibt anzumerken: Eine Falschmeldung pro Bericht sollte auch dem „Spiegel“ genügen, selbst wenn der 1. April Anlaß bietet, den Leser an der Nase herumzuführen.

Zitate:

Ein Film wurde gezeigt — als Kontrastprogramm. Es ging, was nach dem wogenden Anfang keiner vermutete, um Europa. Konrad Adenauer, von dem die

anwesenden alten Insider annahmen, daß er mit dem neuen Stil eines CDU-Parteitages voll einverstanden wäre, nutzte seinen Auftritt auf der Leinwand. In seinem unvergesslichen, ebenso gemütlichen wie energischen Kölsch mahnte er zur großen Einheit.

Die Welt, 28. März 1979

■
Es bleibt wohl nur eine Mischung aus alledem: eine heitere, aber dann doch wieder sehr nachdenkliche Gelassenheit, wie sie in Kiel etwa dem Parteivorsitzenden der CDU zu Gebote stand, geradezu Sinnbild der nicht verzopften Christenunion, die aber gleichzeitig die alten Tugenden hochhält.

Süddeutsche Zeitung, 29. März 1979

■
Merkwürdig, über dieses Ballett läßt sich streiten ... Aber gibt es nicht wichtige Anlässe als diesen, sich in die Grundsatzfrage zu verbeißen?

Kölner Stadtanzeiger, 28. März 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. Verlagsleitung: Peter Müllenbach. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.